

[View this email in your browser](#)



Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.

Sehr geehrte Mitglieder, Förderer und Gäste der Ständigen Publikumskonferenz,

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

So steht es bekanntermaßen im ersten Absatz des Artikels 5 unseres Grundgesetzes. Nicht jede/r ist offenbar darüber im Bilde. Frau Marieluise Beck (MdB), Sprecherin für Osteuropapolitik bei B'90/Die Grünen, forderte kürzlich öffentlich im Radioprogramm des öffentlich-rechtlichen Deutschlandfunks [den Einsatz des Verfassungsschutzes](#) gegen unseren Verein bzw. gegen die Person der Vorsitzenden.

Zitat: *„Was noch nicht belegt ist und wo ich hoffe, dass der Verfassungsschutz endlich nachhakt, ist die Frage, wer die ominöse „Maren Müllers ständige Publikumskonferenz“ ist, die jede Redaktion bombardiert mit Briefen, Protestbriefen, und so systematisch zu einer gewissen Einschüchterung sogar in den Öffentlich-Rechtlichen führt.“*

Nun ist das Instrument der formalen Programmbeschwerde in Deutschland ein Rechtsmittel, das von jedermann bei der Vermutung einer Verletzung von gesetzlich festgelegten Programmgrundsätzen des Fernsehens, des Hörfunks oder der Online-Angebote in Anspruch genommen werden kann. Wir nehmen somit ein demokratisches Grundrecht wahr, welches sich direkt aus Artikel 5 (1) GG, Artikel 17 GG, aus den entsprechenden Rundfunkstaatsverträgen und nicht zuletzt aus unserem Vereinszweck ergibt. Und ein Verein ist, wie jeder Politiker wissen müsste, die Basisform der Demokratie.

[Was Frau Beck wirklich stört](#), dürften lediglich die Beschwerdeaktivitäten anlässlich der Ukraineberichterstattung sein. Nun sind diese Beanstandungen aber bei weitem nicht ausschließlich aus dem Einflussbereich unserer Aktivitäten entstanden, sondern sie ziehen sich durch die gesamte deutsche Öffentlichkeit, teilweise bis hinein in die Gremien der Rundfunkanstalten. [Umfragen zeigten deutlich](#) ein gestiegenes Misstrauen gegenüber Medien, gerade seit der konfrontativen Russlandberichterstattung im Zuge der Ukraine-Krise, die bei vielen Menschen sogar ernsthafte Kriegsängste weckt. Die Unterstellung, unser kleiner Verein könnte in irgendeiner wirksamen Weise die „Propagandastrategien des Kreml“

stützen, wird bei der [Sichtung von Berichten](#) über aufgeblähte Propagandaapparate des Westens über Relevanz und Dimension im Informationskrieg eines Besseren belehrt. Was den Einsatz der Schlapphüte gegen vehemente Verteidiger verfassungsmäßiger Rechte anbelangt, so hat [Rechtsanwalt Markus Kompamal eben nachgehakt](#) und auch wir haben eine offizielle Anfrage an den Verfassungsschutz gestellt, deren Beantwortung wir natürlich veröffentlichen werden.

Mehr Nachrichten? Bessere Nachrichten!

Nach einer entsprechenden Umfrage, die wir im vergangenen Jahr unter den Mitgliedern unseres Forums durchgeführt hatten, sprach sich eine Mehrheit für mehr bzw. qualitativ bessere Nachrichten im Ersten aus. Wir beziehen uns [im aktuellen Blogbeitrag](#) auf den Redebeitrag von Dr. Gniffke anlässlich des Projektes „Mehr Nachrichten“, welches vor einiger Zeit im Forum angekündigt wurde und in den nächsten Wochen als kompakter Vorschlag an die neue Vorsitzende der ARD, Frau Prof. Wille (MDR), herangetragen werden soll.

„Die ARD muss in diesen Zeiten erklären, was ist, Werte vermitteln, Meinungen widerspiegeln und einem offenen und freien Meinungs- und Willensbildungsprozess und damit auch dem sozialen Zusammenhalt und der Stabilität unseres Gemeinwesens dienen.“ Karola Wille (Vorsitzende ARD)

Wie staatsfern ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk?

"Wie staatsfern ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk?" Diese Frage stand am 4.2.2016 im Fokus des monatlichen Donnerstagsgesprächs der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB). Peter Stawovy – [Medienexperte und Journalist](#) – befragte Falk Neubert, den medienpolitischen Sprecher der Linken im Sächsischen Landtag und Mitglied im MDR-Rundfunkrat. [Dresdeneins-TV](#) übertrug zumindest die erste Viertelstunde der angeregten Diskussion. Die Dresdner Initiative "[Mediennutzung ohne Zwangsgebühren](#) - Für ein demokratischeres Rundfunksystem" hatte diese Veranstaltung maßgeblich initiiert und auch die Publikumskonferenz war mit zwei Vertretern zugegen. Vor allem die anschließende [Publikumsdiskussion](#) machte deutlich, wie wichtig der direkte Kontakt zwischen Verantwortungsträgern und der Bevölkerung ist. Gerade in Anbetracht der stetig sinkenden Wahlbeteiligung (2014 in Sachsen bei 49,2 %), könnten solche Veranstaltungen eine Pionierrolle beim gesellschaftlichen Dialog verschiedener Interessenlagen einnehmen. Trotz scheinbar sprudelnder Einnahmequellen hat die Medienpolitik der letzten Jahre zu einem gravierenden Akzeptanzverlust für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geführt, wie die steigenden Forderungsausfallquoten belegen. Daher ist es äußerst empfehlenswert, wenn sich Gesetzgeber und Rundfunkanstalten, sowie die finanzierende Bevölkerung an einen Tisch setzen, um gemeinsam die Defizite der Medienpolitik aufzudecken, zu beraten und auszuräumen.

Programmbeschwerden aktuell

Unsere fleißigsten Mitstreiter, der ehemalige Tagesschau-Redakteur Volker Bräutigam und der ehemalige Vorsitzender des ver.di-Betriebsverbandes NDR, Friedhelm Klinkhammer, haben im kurzem Monat Februar [um die 20 Beschwerden](#) gegen die tendenziöse und wichtige Meldungen unterdrückende Nachrichtengabung der ARD eingelegt. Dabei bestechen diese Beanstandungen nicht nur durch überaus

unterhaltsamen Wortwitz, sondern beeindrucken auch durch messerscharfe Logik und ein gerüttelt Maß an politischem Sachverstand. Der wissenschaftlich argumentierende, wortgewaltige Dr. Barthel hat fristgerecht die [Aufforderung an den Fernsehrat des ZDF zur Behandlung](#) seiner Beschwerde zum Beitrag "Show in Moskau: Putin und seine Presse-Inszenierung" eingereicht. Wir sind gespannt in welcher Weise sich der ZDF-F Fernsehrat angesichts dieser sachlich vorgetragenen Argumentation positioniert. Fakt ist jedenfalls, dass der Intendant des ZDF seine Stellungnahmen zur Abwechslung von einer sachkundigeren Person formulieren lassen sollte, als das bislang der Fall war.

Ausschreibung

WDR-Rundfunkrat schreibt zwei ehrenamtliche Mitgliedschaften für die nächste Amtsperiode aus

Die nächste Amtsperiode des WDR-Rundfunkrats beginnt am 2. Dezember 2016 und dauert fünf Jahre. Das WDR-Gesetz schreibt vor, dass sich das öffentlich-rechtliche Aufsichtsgremium dann aus 58 Mitgliedern zusammensetzt, die von gesellschaftlichen Institutionen entsandt sind, welche vom Gesetz festgelegt sind bzw. vom Landtag NRW ausgeschrieben werden. Um zwei weitere Mitgliedschaften können sich zum ersten Mal Einzelpersonen beim Gremium direkt bewerben. Die Kandidat/innen sollten Kenntnisse auf dem Gebiet des Rundfunks und der Telemedien haben.

Die Ausschreibungsfrist für diese, direkt vom Rundfunkrat zu wählenden Mitglieder startet am 1. März und endet am 1. Juni 2016. Bewerben können sich Personen, die nicht unter § 13 Abs. 3 bis 5 WDR-Gesetz fallen. Vom Rundfunkrat ausgeschlossen sind danach Regierungsmitglieder, Parteivorstände, politische - und die meisten Wahlbeamt/innen, Mitarbeiter/innen und Gremienmitglieder des WDR und anderer Rundfunkanbieter oder einer Landesmedienanstalt sowie Personen, bei denen wirtschaftliche oder sonstige Interessenkonflikte bestehen. Auch ehemalige und derzeit amtierende Mitglieder des WDR-Rundfunkrats können nicht direkt vom Gremium für die nächste Amtsperiode gewählt werden.

Ausführliche Informationen zum Bewerbungsverfahren und zu den erforderlichen Angaben finden sich auf der Internetseite des Gremiums unter wdr-rundfunkrat.de.

Veranstaltungen

Momentan liegen keine aktuellen Veranstaltungstipps vor, lediglich zwei Aufzeichnungen, die Sie sich bei Interesse über den Medienblog des freien Medienjournalisten Jörg Wagner anschauen können. Da wäre zum einen die Diskussionsrunde des media.net berlinbrandenburg e. V. [„QUO VADIS Deutscher Journalismus?“](#) die am 1. März stattfand und zum anderen die Veranstaltung aus der Reihe Mainzer Mediendisput vom 2. März, die sich mit der Frage beschäftigte: [Wie kommt das Neue in den Journalismus?](#)

Sonstiges

Für die praktische Arbeit suchen wir weiterhin ehrenamtliche MitarbeiterInnen für:

- die redaktionelle Arbeit
- die aktive Programmbeobachtung (nach Regionen)

- Social-Media-Manager für alles was anliegt
- Verantwortliche für den fiktionalen Bereich (Serien, Filme etc.)
- regionale Netzworkebildung
- Kampagnen, Crowdfunding

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Arbeit weiterhin mit Interesse begleiten und unseren Einsatz für eine demokratischen Mitsprache bei der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der beitragsfinanzierten Medienanstalten unterstützen. Auf unserer Agenda stehen die Förderung von Medienkompetenz, die Demokratisierung der Gremien und die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Initiativen ohne eigenwirtschaftliche Interessen. Wir suchen den Kontakt zu alternativen Medienbetrieben, um uns auszutauschen und insbesondere, was den Anspruch der Rezipienten an angemessene Berichterstattung anbelangt, auch den Blick über den Tellerrand zu wagen. Im Fokus unserer Arbeit steht immer das Publikum und dessen Anrecht auf angemessene, wahrheitsgetreue und relevante Information.

Daher unsere Bitte:

- Leiten Sie unseren Newsletter an Ihre Freunde und Bekannte weiter.
- Machen Sie Ihren Freundes- und Bekanntenkreis auf [unser Forum](#) und unsere Arbeit aufmerksam.
- Folgen Sie uns in den sozialen Netzwerken bei [Twitter](#) und [Facebook](#) - so erfahren auch Ihre Freunde und Bekannten von unserer Arbeit.
- Unterstützen Sie uns mit einer [einmaligen oder regelmäßigen Spende](#) - [werden Sie Fördermitglied.](#)

**Wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie eine gute Zeit. Bleiben Sie aufmerksam,
kritisch und vor Allem - uns gewogen.**



Copyright © 2016 Ständige Publikumskonferenz, All rights reserved.

Want to change how you receive these emails?

You can [update your preferences](#) or [unsubscribe from this list](#)

MailChimp